

N O R D A T L A N T I K R A T

ORIGINAL: ENGLISCH
9. MAI 1955

Geheim

NATO GEHEIM
ZUSAMMENFASSENDER BERICHT
C-R(55)18

Zusammenfassender Bericht über die Sitzung
des Rates im Palais de Chaillot, Paris,
9. Mai 1955, 11.45 Uhr

ANWESEND WAREN:

Präsident: S.E. Herr S. Stephanopoulos (Griechenland)

BELGIEN

S.E. Herr P.H. Spaak (Aussenminister)
S.E. Herr A. de Staercke (Ständiger Vertreter)

DÄNEMARK

S.E. Herr A.C. Hansen (Ministerpräsident und Aussen-
minister)
S.E. Herr R. Hansen (Verteidigungsminister)
S.E. Herr A. Vestbirk (Ständiger Vertreter)

DEUTSCHLAND

Dr. Konrad Adenauer (Bundeskanzler und Aussenminister)
S.E. Herr H. Blankenhorn (Ständiger Vertreter)

FRANKREICH

S.E. Herr A. Pinay (Aussenminister)
S.E. Herr A. Parodi (Ständiger Vertreter)

GRIECHENLAND

S.E. Herr G. Exintaris (Ständiger Vertreter)
Herr A. Antonopoulos (Ministerialdirektor im Aus-
senministerium)

ISLAND

Dr. K. Gudmundsson (Aussenminister)
S.E. Herr Pétur Bénédiktsson (Isländischer Gesandter in
Frankreich)

ITALIEN

S.E. Herr G. Martino (Aussenminister)
S.E. Herr A. Alessandrini (Ständiger Vertreter)

Kopiert im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet, Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs.

KANADA

The Hon. L.B. Pearson (Aussenminister)
S.E. Herr L.D. Wilgress (Ständiger Vertreter)

LUXEMBURG

S.E. Herr J. Bech (Ministerpräsident und Aussenminister)
Herr N. Hommel (Ständiger Vertreter)

NIEDERLANDE

S.E. Herr J.W. Beyen (Aussenminister)
Jonkheer A.W.L. Tjarda van
Starkenborgh Stachouwer (Ständiger Vertreter)

NORWEGEN

S.E. Herr H. Lange (Aussenminister)
S.E. Herr A. Gunneng (Ständiger Vertreter)

PORTUGAL

Prof. Dr. P. Cunha (Aussenminister)
S.E. Graf de Tovar (Ständiger Vertreter)

TÜRKEI

S.E. Herr Fatin R. Zorlu (Staatsminister, stellvertre-
tender Ministerpräsident)
Herr M. Ali Tiney (Stellvertreter des Ständigen
Vertreters)

VEREINIGTES KÖNIGREICH

The Rt. Hon. H. Macmillan (Aussenminister)
Sir Christopher Steel (Ständiger Vertreter)

VEREINIGTE STAATEN

The Hon. John Foster Dulles (Aussenminister)
S.E. Herr G.W. Perkins (Ständiger Vertreter)

INTERNATIONALER STAB

Herr H. van Vredenburg (Stellvertretender General-
sekretär)
Herr G. Cosmelli (Der für politische Angelegen-
heiten zuständige Beauftrag-
te des Generalsekretärs)
Herr L.P. Weicker (Der für Produktion und Logi-
stik zuständige Beauftragte
des Generalsekretärs)
Herr F.D. Gregg (Der für Wirtschaft und Finan-
zen zuständige Beauftragte
des Generalsekretärs)
Lord Coleridge (Geschäftsführender Sekretär)

FERNER WAR ANWESEND

General G.M. de Chasse (Verbindungsoffizier der Stän-
digen Gruppe)

INHALT

<u>Punkt</u>	<u>Gegenstand</u>	<u>Seite Nr.</u>
I	Einleitende Fragen	4
II	Fortschrittsbericht des Generalsekretärs für die Zeit vom 8. Dezember 1954 bis 30. April 1955	5
III	Überblick über die gegenwärtige internatio- nale Lage	6

Inhaltlich in Einklang mit - Weitergabe dieser Kopie ist nicht gestattet. Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Sekretärs.

zu Ü 366/55 geh.GEHEIMNATO GEHEIM
C-R(55)18

-4a-

NATO OFFENERÖFFNUNGSSITZUNG

Der Rat trat um 10.30 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

1. Herr STEPHANOPOULOS (Präsident des Rates) sowie die Außenminister von Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Portugal, der Türkei, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten hießen Bundeskanzler Adenauer persönlich und das gesamte deutsche Volk in der Gemeinschaft der nordatlantischen Allianz willkommen.

2. Bundeskanzler ADENAUER dankte dem Präsidenten des Rates und den Außenministern der NATO hierfür im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes. Wortlaut obiger Ansprachen siehe Presseverlautbarungen (M1(55)1 - 15).

3. Herr DULLES (Außenminister der Vereinigten Staaten) erklärte, daß er gewiß nur der Ansicht aller seiner Kollegen Ausdruck verleihe, wenn er die Abwesenheit von Lord Ismay bedauere und ihm eine baldige Genesung wünsche.

NATO VERTRAULICHPLENARSITZUNGI. EINLEITENDE FRAGENA. Abwesenheit des Generalsekretärs

4. der Präsident sagte, der Rat bedauere es sicherlich, daß der Vizepräsident und Generalsekretär des Rates, Lord Ismay, an dieser Sitzung nicht teilnehmen könne. Äußerst ungern, doch auf dringendes Anraten seiner ärztlichen Ratgeber, habe Lord Ismay für die nächsten ein oder zwei Wochen sämtliche Verpflichtungen absagen müssen. Er freue sich, berichten zu können, daß Lord Ismay

GEHEIMNATO GEHEIM

.../...

Hergestellt im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet! Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs

-4b-

sich auf dem Wege der Besserung befinde, und sicherlich habe der Rat den Wunsch, daß er Lord Ismay mitteilen möge, wie sehr sie alle und insbesondere er selbst seine weise Führung und seinen guten Rat bei dieser Sitzung vermißten, und daß er ihm gleichzeitig die Wünsche des Rates für eine baldige Genesung übermitteln möge.

5. Der RAT :

bat den Präsidenten, Lord Ismay seine Wünsche für eine baldige Genesung von seiner Krankheit zu übermitteln.

B. Vorbereitung des Pressekommunikés

6. Der PRÄSIDENT sagte, er möchte vor Beginn der Aussprache über die Tagesordnung die Minister noch einmal an die Bedeutung erinnern, die sicherlich alle der Vorbereitung des Pressekommunikés über die Ergebnisse dieser Ministertagung beimessen. Er glaube, daß es wichtig sei, daß die Minister unter jedem Punkt der Tagesordnung die wesentlichen Punkte der Aussprache oder die Schlußfolgerungen vermerken sollten, die ihrer Ansicht nach im Pressekommuniké erscheinen sollen. Nur auf diese Weise könne die Arbeitsgruppe Pressekommuniké, die, wie er anregte, unverzüglich gebildet werden solle, ihre Aufgabe zufriedenstellend lösen. Er sei der Ansicht, daß diese Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des für politische Angelegenheiten zuständigen Beauftragten des Generalsekretärs, des Botschafters Cosmelli, arbeiten solle und auf Ersuchen ihres Vorsitzenden, wenn dieser es für wünschenswert halte, jederzeit zusammentreten solle, insbesondere aber am Schluß eines jeden Arbeitstages. Die Arbeitsgruppe soll in der Lage sein, die Teile des Kommunikés abzufassen, die die vom Rat im Laufe

GEHEIMNATO GEHEIM

.../...

seiner täglichen Sitzungen geleistete Arbeit behandeln. Er hoffe, daß jeder Außenminister nach Möglichkeit den rangältesten Vertreter seiner Delegation zum Mitglied dieser äußerst wichtigen Arbeitsgruppe ernennen werde.

7. Der RAT :

billigte den Vorschlag des Präsidenten.

NATO VERTRAULICH

II. FORTSCHRITTSBERICHT DES GENERALSEKRETÄRS FÜR DIE ZEIT VOM 8. DEZEMBER 1954 BIS 30. APRIL 1955.

Dokument : C-M(55)47

8. Der STELLVERTRETENDE GENERALSEKRETÄR erklärte, daß er zu dem Fortschrittsbericht des Generalsekretärs eine oder zwei Bemerkungen zu machen habe. Bevor er dazu übergehe, habe er jedoch den Wunsch, im Namen des Internationalen Stabes Lord Ismay zu seiner Krankheit, die ihn daran gehindert habe, seinen Bericht selbst vorzulegen, sein Bedauern auszusprechen und gleichzeitig der Hoffnung des Stabes auf eine baldige Genesung Ausdruck zu verleihen. Unter Bezugnahme auf den Bericht (C-M(55)47) wies er sodann auf die drei nachstehend aufgeführten Punkte hin :

- (a) Er könne dem Rat mitteilen, daß die norwegische Regierung anstelle von Herrn A. Skaug, der im März anlässlich seiner Ernennung zum norwegischen Handelsminister sein Amt im Rat niedergelegt habe, nunmehr HormJ. Boyesen zum Ständigen Vertreter Norwegens ernannt habe..
- (b) Unter Bezugnahme auf Abschnitt 13 des Berichtes, in dem es heißt, daß mit den Behörden der Stadt Paris zwecks Erteilung einer Baugenehmigung durch das zu-

Herzstück im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet. Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs.

zu Ü 366/55 geh.GEHEIMNATO GEHEIM
C-R(55)18

-5b-

ständige Ministerium Verhandlungen aufgenommen worden seien, daß die erforderliche Genehmigung nunmehr erteilt worden sei;

- (c) Er teilte dem Rat mit, daß im Zusammenhang mit der Notstandsplanung auf dem zivilen Sektor der Rat sich nunmehr in Ständiger Sitzung damit beschäftige, sorgfältig Anweisungen für die mit der zivilen Notstandsplanung beauftragten Hauptausschüsse auszuarbeiten, um zu gewährleisten, daß deren Arbeit den neuesten Erkenntnissen hinsichtlich der kernphysikalischen Kriegführung, wie auch den Planungshypothesen, die von den militärischen Stellen der NATO im Lichte der von den Ministern anlässlich ihrer Sitzung im vergangenen Dezember getroffenen Entscheidungen angenommen wurden, in ausreichendem Maße Rechnung trägt.

9. Der RAT :

- (1) nahm den Fortschrittsbericht des Generalsekretärs für die Zeit vom 8. Dezember 1954 bis 30. April 1955 (C-M(55)47) zur Kenntnis;
- (2) nahm die vom Stellvertretenden Generalsekretär im Zusammenhang mit dem Bericht gegebenen Erklärungen zur Kenntnis.

GEHEIMNATO GEHEIM

.../...

III. ÜBERBLICK ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE INTERNATIONALE LAGE(a) Tendenzen und Auswirkungen der Sowjetpolitik(Dezember 1954 bis April 1955)

Dokument: C-M(55)46

10. Herr DULLES (Aussenminister der Vereinigten Staaten) hob hervor, dass das zur Erörterung vorliegende Dokument auf gewisse bedeutende Änderungen der Lage seit der letzten Ministertagung hinweise. Die dramatischste dieser Änderungen sei der erzwungene Rücktritt Malenkows und seine Ersetzung durch Marschall Bulganin. Dieses Ereignis scheine im wesentlichen mehr einen Wechsel in der Innenpolitik als in der Aussenpolitik widerzuspiegeln, obzwar es auch auf letztere einen gewissen Einfluss ausübe. Am wichtigsten sei die Entscheidung der Sowjetunion, weiterhin ihre Hilfsquellen in erster Linie für die Schwerindustrie und damit für die Rüstung anstatt für die Produktion von Verbrauchsgütern zur Verfügung zu stellen. Auf dem Gebiet der Aussenpolitik sei die wichtigste Entwicklung der scheinbar echte Wandel in der Haltung der Sowjetunion bezüglich des österreichischen Staatsvertrages. Sonst scheine die Sowjet-Politik im Wesentlichen keine Änderungen aufzuweisen. Die Haltung der Sowjet-Delegation in den Sitzungen des Abrüstungs-Unterausschusses der Vereinten Nationen in London sei trotz einiger geringfügiger Wandlungen und Schwankungen weiterhin negativ. Man könne keine ernstliche Hoffnung hegen, dass in diesen Sitzungen Einigung über irgendeinen positiven Schritt auf dem Wege zur Beschränkung der Rüstung, sei es auf dem Gebiet der Atomwaffen, sei es auf dem Gebiet sonstiger Waffen, erzielt werde. Ähnlich stellten die in dieser Woche stattfindenden Zusammenkünfte in Warschau mit dem Ziel der Schaffung einer Militärallianz in Osteuropa keinen tatsächlichen Wechsel in der Politik dar, sondern sie seien nur eine neue Fassade für die seit langem feststehende Tatsache der militärischen Einheit in diesem Raum. Ein neuer beunruhigender Faktor sei die augenscheinliche Wiederaufnahme der Blockade Berlins. Die derzeitigen Ereignisse seien eine schlecht verschleierte Verletzung der förmlichen, von der Sowjetunion anlässlich der Tagung der Aussenminister in Paris im Jahre 1949 abgegebenen Verpflichtung, einen normalen Verkehr zwischen Westdeutschland

zu Ü 366/55 geh.

GEHEIMNATO GEHEIM
C-R(55)18

-6b-

und Berlin zu gewährleisten.

11. Die NATO-Staaten sollten daher von der Voraussetzung ausgehen, dass die Sowjetpolitik grundsätzlich unverändert ist, ein Punkt, der im vorliegenden Dokument betont werde. Es sei wesentlich, dass sie in ihren Anstrengungen nicht nachliessen, selbst wenn sich die Lage auch seinem eigenen Empfinden nach etwas gebessert habe. Jegliches Gefühl der Befriedigung lasse sich aber nur dann rechtfertigen, wenn eindeutig zu erkennen sei, dass sich diese Besserung nicht nur aus einem Wechsel in der Zielsetzung der Sowjets ergeben habe, sondern die Frucht der von der NATO verfolgten Politik sei. Der vor kurzem von General Gruenther vorgelegte Bericht über die Schlagkraft der NATO-Streitkräfte habe auf gewisse schwerwiegende Schwächen hingewiesen. Diesen müsse gewissenhaft Rechnung getragen werden: er wiederhole, jedes Nachlassen sei gefährlich.

Er erinnere daran, dass er anlässlich der Tagung im Dezember auf zwei die NATO bedrohende Gefahren hingewiesen habe: erstens, dass sie sich durch sowjetische Drohungen einschüchtern und von ihrem Kurs abbringen lasse, und zweitens, dass sie sich auf Grund oberflächlicher Andeutungen, dass die Sowjetunion mehr und mehr zum Frieden geneigt sei, dazu verleiten lasse, in ihren Anstrengungen nachzulassen. Damals habe die Sowjetunion mit schrecklichen Folgen gedroht, wenn die Pariser Verträge ratifiziert würden. Ähnliche Drohungen seien gelegentlich früherer Anlässe ausgesprochen worden, als der Westen Schritte zur Stärkung seiner Position plante. Seien diese Massnahmen jedoch einmal zur feststehenden Tatsache geworden, so scheine das Ergebnis die Annahme einer gemässigten Politik seitens der Sowjetunion zu sein. Eine ähnliche Entwicklung scheine sich nunmehr im Wechsel der sowjetischen Haltung gegenüber dem Österreichischen Staatsvertrag abzuzeichnen. Es erscheine möglich, den Rückzug der Roten Armee aus einer vorgeschobenen Position in Europa zu erreichen. Sollte es dahin kommen, so wäre das ein Ereignis von ungeheurer Tragweite und wäre insbesondere als ein erster Beweis dafür zu werden, dass die beim Aufbau der Stärke des Westens verfolgte Politik gute Früchte trage.

fü

GEHEIMNATO GEHEIM

zu Ü 366/55 geh.

GEHEIMNATO GEHEIM
G-R(55)18

-7a-

12. Es wäre Torheit, eine bisher erfolgreiche Politik aufzugeben. Die NATO habe sich durch Drohungen nicht schrecken lassen, und sie dürfe sich auch jetzt nicht durch Versprechungen und falsche Hoffnungen von ihrem Kurs abbringen lassen. Der Westen habe nur den einen Wunsch, den Frieden zu festigen : Er bedrohe niemanden. Die NATO-Staaten sollten entschlossen sein, diese Politik unbeirrbar weiterhin zu verfolgen, ohne zu wanken oder schwach zu werden und ohne in ihren Anstrengungen nachzulassen, was selbst ein echter Wandel in der Politik der Sowjet-Union nicht rechtfertigen würde.

13. Herr ZORLU (Türkischer Staatsminister und stellvertretender Ministerpräsident) erklärte, daß der zur Prüfung vorliegende Bericht einen klaren Überblick über die Tendenzen der sowjetischen Aussenpolitik vermittele und weitgehend den von seiner Regierung vertretenen Auffassungen entspreche. Es sei das von den Sowjets mit zunehmender Aktivität verfolgte Ziel, eine trügerische Atmosphäre des Friedens und der internationalen Entspannung zu schaffen; ihre Handlungen strafte jedoch die Behauptung Lüge, es bestehe ein echter Wunsch nach Frieden. Eine sowjetische Friedensoffensive stelle für die Länder der freien Welt eine neue Gefahr dar. Sie habe zum Ziel, in einer Anzahl von Staaten einen Geist der Neutralität und des Pazifismus wachzurufen um zu erreichen, daß diese Staaten zögern, sich den kollektiven westlichen Verteidigungsanstrengungen anzuschließen und in ihren eigenen Anstrengungen nachlassen : das Ergebnis wäre eine unmittelbare Förderung der Sowjetpolitik. Er erinnere daran, daß die Sowjets bei Ende des zweiten Weltkrieges ihren Machtbereich solange ausdehnten, bis sie auf festen Widerstand stießen; dann habe sich die kommunistische Taktik geändert. Gegenwärtig versuchten die Sowjets um ihr eigenes Gebiet herum, sowohl im Fernen Osten wie auch in Europa, eine Gruppe abgerüsteter und ungeschützter Staaten zu schaffen, die dann im geeignetsten Augenblick vom Kommunismus überwältigt werden könnten. Mittels dieser neuen Taktik würden täglich

GEHEIMNATO GEHEIM

.../...

fb

wesentliche Erfolge erzielt, denn der Gedanke der Neutralität gewinne in ganz Europa und in Asien ständig neuen Boden. Er sei zwar nicht einen Augenblick der Ansicht, daß die Lage unwiederbringlich verloren sei, er wolle aber doch die sehr ernste Gefahr, die diese neue sowjetische Taktik für den Westen mit sich bringe, betonen.

14. Ferner machte er auf die irrige und äußerst gefährliche Annahme aufmerksam, daß sich die Lage für die kleineren Staaten dann besserte, wenn eine allgemeine Entspannung zwischen den Großmächten des Westens und Rußland eintreten würde. Ein solcher Glaube könne zu unheilvollen Ergebnissen führen. Es sei das Ziel der UdSSR und Rot-Chinas, ihre kleineren Nachbarn zu schwächen, um sie schließlich zu beherrschen.

15. Dr. ADENAUER (Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland), nahm zu den jüngsten Wandlungen in der Taktik der Sowjets sowie zu den Beteuerungen ihres Friedenswillens Stellung und betonte, daß sich die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland nicht von derartiger Sowjetpropaganda täuschen lasse. Der Bonner Korrespondent einer Sonntagszeitung des Vereinigten Königreichs habe erklärt, daß gegenwärtig in Bonn starke neutralistische Tendenzen beständen; er sei jedoch in der Lage, dem Rat zu versichern, daß alle Parteien der Koalitionsregierung uneingeschränkt die Fortführung der gegenwärtigen Politik einer Bindung Deutschlands an den Westen befürworteten. Gegenteilige Zeitungsberichte seien unrichtig. Mit Bezug auf den möglichen Abschluß des Österreichischen Staatsvertrages sei er der Auffassung, daß dieses Ereignis die deutsche öffentliche Meinung nicht in beträchtlichem Maße beeinflusse, da sich die Mehrzahl der Deutschen darüber im Klaren sei, daß sich die Lage Österreichs weitgehend von der Deutschlands unterscheide.

16. Der Bundeskanzler sprach daraufhin von den seit kurzem in Ostdeutschland festzustellenden Bemühungen, die Jugend für die Ideale des neuen Regimes zu gewinnen und wies dabei darauf hin, daß trotz starken Drucks seitens der Regierung auf Elternschaft und Jugend weniger als 10% der Jugend Ostdeutschlands an den Demonstrationen teilgenommen habe, obwohl sie alle dazu aufgefordert worden seien.

Hergelalt in Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet. Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs.

17. Er teile die Auffassung des Herrn Dulles, dass der Westen unbedingt wachsam bleiben müsse. Russland würde noch auf lange Zeit hinaus eine Diktatur bleiben; selbst im Falle einer internationalen Entspannung sei das russische Volk geistig nicht dazu disponiert, demokratisches Gedankengut anzunehmen. Eine Diktatur stelle stets eine Bedrohung für ihre Nachbarn dar, und daher müsse der Westen ständig auf der Hut sein. Nach Informationen aus Ostdeutschland mag die Atmosphäre in nächster Zeit für internationale Konferenzen günstiger sein, doch halte er in diesem Zusammenhang eine Warnung für erforderlich. Der Westen dürfe sich nicht vorstellen, dass sich eine Konferenz, die zu erfolgreichen Ergebnissen führen soll, in kurzer Zeit abschliessen lasse: eine derartige Konferenz könne Monate, sogar Jahre dauern. Da alle derzeitigen internationalen Probleme eng miteinander verknüpft seien, werde eine Vier-Mächte-Konferenz mit der UdSSR unweigerlich eine Ausweitung erfahren und eine Vielzahl von Problemen behandeln müssen, die die Teilnahme einer grossen Anzahl von Staaten verlange. Obgleich ein Wechsel in der Sowjettaktik stattgefunden habe, seien ihre grundsätzlichen Absichten die gleichen geblieben. Für die NATO sei der einzige Weg zur Erzielung einer echten internationalen Entspannung die weitere Entwicklung ihrer Stärke, um über Jahre hindurch geduldig und konstruktiv mit Sowjetrussland zu verhandeln.

18. Herr PINAY (Aussenminister von Frankreich) führte aus, dass er von der Erklärung des Herrn Dulles sehr beeindruckt worden sei. Obgleich die Sowjetpolitik, auf den ersten Blick gesehen, scheinbar eine Wandlung erfahre, teile er die Auffassung, dass die NATO es sich nicht leisten könne, in ihren Anstrengungen nachzulassen. Dies sei jedenfalls die Ansicht der Französischen Regierung. Die Erfahrung der letzten Jahre habe gezeigt, dass die UdSSR zu Zugeständnissen bereit sei, wenn sie sich einem entschlossenen Willen gegenübergestellt sehe. Diese Tatsache bestätige seiner Ansicht nach die Richtigkeit der von der NATO verfolgten Politik der Stärkung und bewaise ihren Erfolg.

19. Herr SPAAK (Aussenminister von Belgien) war der Ansicht, dass die zur Debatte stehende Frage von grosser Bedeutung

zu U 366/55GEHEIMNATO GEHEIM
C-R(55)18

-8b-

sei; er wolle ganz offen darüber sprechen. Wenngleich die Erklärungen seiner Vorredner sehr interessant gewesen seien, habe er doch das Gefühl, dass die Lage nicht absolut klar sei. In einem Punkte seien sich alle Redner einig: und zwar, dass die von der UdSSR gezeigte Tendenz einer Entspannung auf den Erfolg der NATO-Politik zurückzuführen sei, die auf Entschlossenheit und dem festen Willen beruhe, die Allianz zu stärken. Die Aussichten auf fruchtbringende Verhandlungen steigen daher in demselben Masse wie die Stärke des Westens zunimmt. Hieraus folge, dass ein Nachlassen unserer Anstrengungen nicht in den Bereich des Möglichen gezogen werden könne. Im übrigen aber sei die Presse aller unserer Länder voll von Berichten über künftige Gespräche oder Konferenzen mit der UdSSR, gleichgültig, welchen Gründen man den Wechsel in der russischen Politik zuschreiben wolle. Die öffentliche Meinung unserer Länder hoffe, dass eine Konferenz rasch günstige Ergebnisse erzielen würde, und es sei ausgeschlossen, diesen Hoffnungen nicht Rechnung zu tragen. Dieser Optimismus bezüglich der Ergebnisse einer Konferenz sei jedoch nicht ganz ungefährlich. Die Gefahr liege darin, dass die Öffentlichkeit nicht zu unterscheiden wisse zwischen der einfachen Abhaltung einer Konferenz als einem gewöhnlichen Mittel der Diplomatie, und den Ergebnissen, die sich auf einer solchen Konferenz erzielen lassen. Er fürchte, dass es zur Ernüchterung komme, wenn eine Konferenz der führenden Mächte des Westens mit der UdSSR in einigen Monaten keine konkreten Ergebnisse zeitige. Die Festlegung des Termins einer solchen Konferenz sei gewiss Sache der führenden Mächte der Atlantischen Allianz, das Problem sei jedoch von nicht minderem Interesse für alle übrigen NATO-Staaten. Seiner Auffassung nach sei es wesentlich, eine Konferenz mit der UdSSR auf das Sorgfältigste vorzubereiten und auch die Grenzen, bis zu denen Zugeständnisse gemacht werden könnten, im voraus festzulegen. Sonst könne eine Konferenz mit der UdSSR äusserst gefährlich werden.

fu

GEHEIMNATO GEHEIM

Herstellung im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet, Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs

zu Ü 366/55 geh.

GEHEIMNATO GEHEIM
C-R(55)18

-9-

Nur dem Umstand, daß die Berliner Konferenz vom Jahre 1953 sorgfältig vorbereitet worden war und daß die Westmächte untereinander im voraus eine gemeinsame Politik festgelegt hatten, ist es zuzuschreiben, daß diese Konferenz für den Westen erfolgreich verlaufen ist. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in Anbetracht der gegenwärtigen Einstellung der öffentlichen Meinung Gespräche mit Sowjetrußland offenbar stattfinden sollten, dass jedoch die Westmächte vor einer solchen Konferenz die drei nachstehend aufgeführten Massnahmen treffen sollten:

- (a) Vorbereitung einer mit grösster Sorgfalt ausgearbeiteten Tagesordnung für die Konferenz;
- (b) Festlegung einer bei der Konferenz zu verfolgenden gemeinsamen Politik;
- (c) Vereinbarung einer Grenze, über die hinaus keinerlei Zugeständnisse gemacht werden können.

20. Herr da CUNHA (Aussenminister von Portugal) erklärte, er teile die von Herrn Spaak geäusserten Ansichten in vollem Umfange, denn sie deckten sich vollständig mit denen der portugiesischen Regierung.

21. DER RAT:

- (1) nahm das vom Internationalen Stabe ausgearbeitete Dokument über Tendenzen und Auswirkungen der Sowjetischen Politik (C-M(55)46) zur Kenntnis;
- (2) nahm die bei der Erörterung des vorstehend genannten Dokuments abgegebenen Erklärungen der Minister zur Kenntnis.

Palais de Chaillot
Paris, XVIIe

GEHEIMNATO GEHEIM

Übs.: Fi/ES
fb-fu-11.5.55